

DIE LINKE. AKTUELL

15. Jahrgang, 157. Ausgabe, April 2008

Kreisverband und Kreistagsfraktion Teltow-Fläming

Hans Modrow in Wünsdorf

Genosse Hans Modrow war am 9. März zu Gast in der Bücherstadt Wünsdorf. Dort stellte er sein Buch „In historischer Mission – Als deutscher Politiker unterwegs“ vor. Seine Begleiterin las einige Abschnitte, dann gab es die Möglichkeit, Fragen zu stellen, was auch reichlich genutzt wurde.

Der Bogen dieses Lebens – Genosse Modrow hat vor Kurzem seinen 80. Geburtstag gefeiert – spannt sich vom Soldaten und von sowjetischer Kriegsgefangenschaft über 39 Jahre Wirken in der DDR, Ministerpräsident 1989 bis März 1990, Mitglied der Volkskammer, des Bundestages und des Europaparlaments.

Besonders beeindruckend war für mich die Vielfalt seiner Begegnungen auf internationaler Ebene durch viele Jahrzehnte. Starke persönliche Kontakte und feste Beziehungen zur Volksrepublik Polen waren schon in seiner früheren Tätigkeit als Funktionär der FDJ entstanden; sie wurden erweitert bis zur Sowjetunion durch die Partnerschaft des Bezirkes Dresden mit dem Gebiet Leningrad.

Genosse Modrow hat in hohem Maße dazu beigetragen, dass aus ehemaligen Feinden Freunde werden

konnten. Viele Probleme kamen zur Sprache - einige möchte ich nennen:



- In Kuba ist das Interesse groß, die innerkubanische Diskussion zu den Problemen Preise, Transport, Wohnungen und Landwirtschaft mit der gesamten Bevölkerung zu führen. Auch das Nachdenken über eine effizientere Regierung soll zu Änderungen im System führen.

- In Chile gibt es wieder die Zusammenarbeit der verschiedenen linken Parteien und Organisationen. In einem Gespräch mit Margot Honecker wur-

den offen unterschiedliche Auffassungen diskutiert, die schon früher bestanden hatten.

- Genosse Modrow erlebte den 2. Oktober 1990, den letzten Tag der DDR in Japan. Dort wurde bei der offiziellen Begrüßung neben der japanischen sowohl die DDR-Hymne gespielt als auch die DDR-Flagge gezeigt. Das war für ihn ein bewegender Moment, den wir als Zuhörer ebenso empfanden.

- Für DIE LINKE reicht es nicht aus, zu sagen: „Wir sind links von der SPD.“. Unser Profil als linke Partei muss in einem späteren Programm klar formuliert werden.

- Die Frage nach seiner Meinung zum Scheitern der DDR beantwortete er mit der Bemerkung, dass dazu eine weitere Veranstaltung nötig sei.

Einige grundsätzliche Erkenntnisse von ihm sind:

1. Ich stehe nach wie vor für ein neues, demokratisches Deutschland, nicht für das jetzige.
2. Unterschiedliche Meinungen dürfen Solidarität miteinander nicht ausschließen.
3. Frieden in Europa gibt es nur mit Russland, nie gegen Russland.

Damit beendete Genosse Modrow seine Ausführungen und erhielt den ungeteilten Beifall der ca. 120 Zuhörer im ausverkauften „Bücherstall“.

Christa Zernick

Linke Politik ohne Frauen?

Das geht gar nicht. Der 8. März ist alljährlich der Tag, an dem die Defizite der Gesellschaft und der Politik im Umgang mit der Hälfte der Menschheit deutlicher benannt werden als sonst. Wir fordern Umdenken und anderes Handeln – und zwar sofort! Die strukturelle Benachteiligung von Frauen ist nicht nur ein Armutszeugnis für eine moderne Gesellschaft. Es ist belegt, dass Niedriglohn, Teilzeitarbeit und Armutsrenten mehr denn je weiblich sind. Es geht dabei nicht nur um die Frage des individuellen Verlustes einer eigenständigen Existenzsicherung, wenn Frauen daran gehindert werden, sich mit ihren Talenten und Ideen einbringen zu können und statt dessen auf Herd und Kinder reduziert werden. Nein, Frauen sind nicht nur Opfer. Sie sind zuallererst ein Potenzial, bei dem sich keine Gesellschaft Ignoranz und Abwertung leisten kann. Erst recht nicht, wenn sie den Anspruch hat, menschlich, solidarisch und emanzipativ zu sein! Patriarchat und demokratischer Sozialismus schließen einander aus! Der 8. März 2008 ist für das Frauenplenum der Linksfraktion im Bundestag der Anlass für ein klares Bekenntnis: Wir greifen den Vorschlag aus Hamburg auf und wollen diesen Tag als Feiertag! Damit alle Zeit zum Nachdenken und ein bisschen zum Feiern haben.

*Kirsten Tackmann,
Frauenpolitische Sprecherin der
Bundestagsfraktion DIE LINKE.*



Jahresauftakt und Frauentag

Der Stadtverband Luckenwalde hatte am 7. März zu einer Jahresauftaktveranstaltung und Frauentagsfeier Mitglieder und Sympathisanten der Partei DIE LINKE eingeladen. Für Sekt, Ku-



chen, Kaffee und Deftiges war gesorgt.

Der Sprecher des Stadtverbandes, Hartmut Ukrow, dankte in seiner Begrüßung allen Aktiven und verwies auf den politischen Charakter des Frauentages, der nicht, wie jüngst behauptet, eine Erfindung der DDR ist.

Der Frauentag geht auf einen Vorschlag von Clara Zetkin auf der Zweiten Internationalen Frauenkonferenz am 27. August 1910 in Kopenhagen zurück und wurde am 19. März 1911

in Dänemark, Deutschland, Österreich-Ungarn und der Schweiz zum ersten Mal gefeiert. Die politischen Ziele, Gleichberechtigung und Frauenwahlrecht, haben sich seit 1911 leider wenig verändert. Der Kampf um

Mindestlöhne, Gleichberechtigung und Frieden sind hoch aktuell. An den einzelnen Tischen wurde über diese Probleme diskutiert, aber auch der mögliche Verzicht von Frau Ypsilanti auf die Wahl zur Ministerpräsidentin in Hessen und die Würdigung „tapferer“ Soldaten mit

dem Eisernen Kreuz als Verdienstorden waren Themen.

Der Spaß kam in dieser Runde nicht zu kurz. Frau Gerda Krebs sorgte mit ihrem musikalischen Programm für eine fröhliche Atmosphäre. Die ca. 30 Teilnehmer ließen sich nicht lange bitten und stimmten in den Gesang mit ein. An dieser Stelle sei Frau Krebs nochmals herzlich gedankt.

Zum Abschluss der gelungenen Veranstaltung erhielt jede Frau eine rote Nelke .

Marianne Richter, Luckenwalde

Tradition zum Frauentag

Ein Nachmittag, um den 8. März gelegen, hat in Mahlow bereits Tradition für die Feier anlässlich des Internationalen Frauentages.

Es ist nicht nur das gemeinsame Kaffeetrinken und der kleine interne Wettstreit der Frauen um den wohl-schmeckendsten Kuchen, es ist die Freude am Zusammentreffen vieler Genossinnen und Genossen sowie Freunde der Partei in netter Umgebung und angenehmer Atmosphäre, die auch in diesem Jahr wieder über 50 Gleichgesinnte veranlasst hat, den Nachmittag am 11. März im Vereinshaus Mahlow zu verbringen. Genossin Krumpach sprach in ihrer Einleitung

sowohl die zur Zeit anstehenden brisanten Fragen der Politik als auch die alle Anwesenden besonders berührende Frage der Rentenpolitik der Bundesregierung an. Sie verwies auf die beschlossene Erhöhung des Renteneintrittsalters und die angesichts steigender Preise für den Lebensunterhalt vorgesehene völlig unzureichende Rentenerhöhung von 1,1%.

Im 18. Jahr des Anschlusses der DDR an die BRD werden Bürger der ehemaligen DDR weiterhin mit einem niedrigeren Rentenwert abgestraft. Dagegen unternehmen die Bundestagsabgeordneten der LINKEN viel-

Fortsetzung auf Seite 3

Eine von UNS

Ingrid Köbke im Gespräch mit: Brigitte Paul



Ingrid: Brigitte, Du arbeitest seit über acht Jahren als Wahlkreismitarbeiterin der Landtagsabgeordneten Kornelia Wehlan. Was gehört zu Deinen Arbeitsaufgaben?

Brigitte: Meine grundsätzliche Arbeitsaufgabe besteht darin, die Landtagsabgeordnete bei ihrer Arbeit umfassend zu unterstützen. Einen großen Zeitanteil nehmen dabei die Organisation der Büroarbeit im Luckenwalder Wahlkreisbüro, aber auch die Koordinierung mit den Büros in Ludwigsfelde und Jüterbog ein. Ohne Nutzung moderner Büro- und Kommunikationstechnik wären diese Aufgaben heute nicht mehr realisierbar. Außerdem sind Informationen über den Wahlkreis zu sammeln und für die Abgeordnete aufzubereiten. Nach Vorgaben sind Schriftsätze und Dokumente zu entwerfen und mit der Abgeordneten abzustimmen.

Ingrid: Welche Möglichkeiten gibt es, Bürgerinnen und Bürgern zu helfen?

Brigitte: Regelmäßig finden in den Wahlkreisbüros Bürgersprechstunden statt, die ich dann vorbereite. Da aber nicht alle Bürgerinnen und Bürger mobil sind, werden auch Bürgersprechstunden vor Ort an mobilen Informationsständen durchgeführt. Bei dem umfassenden Terminkalender meiner Abgeordneten verlangt die Terminkoordinierung ein straffes Regime.

Viele Bürgerinnen und Bürger nutzen die Gelegenheit, persönlich mit der Landtagsabgeordneten ins Gespräch zu kommen, um ihre Sorgen und Nöte vorzutragen. Mit Mündlichen, Kleinen oder Dringlichen Anfragen an die Landesregierung wird dann eine Antwort zu den von den Bürgerinnen und Bürgern dargestellten Problemkreisen eingeholt und der Betroffene informiert.

Ingrid: Welche Wünsche hast Du für die Jahre 2008/2009?

Brigitte: Da die Jahre 2008 und 2009 Wahljahre sind, wünsche ich mir, dass DIE LINKE, so wie in der neuesten Umfrage dargestellt, stärkste Partei wird.

Fortsetzung von Seite 2

fältige Initiativen und Aktivitäten, die jedoch von den Parteien der Regierungskoalition regelmäßig abgeschmettert werden.

Für den kulturellen Teil war der Satiriker Ernst Röhl eingeladen, der uns Kostproben seines Schaffens darbot. Wir hatten viel Freude an den scharfzüngigen Erzählungen voller Witz und Humor und an den hintersinnigen Sprachkolumnen.

Nicht nur Peter Hartz, der die Zahl der Arbeitslosen mit dem von ihm initiierten Maßnahmenkatalog halbieren wollte und inzwischen rechtskräftig verurteilt wurde, sondern auch andere bekamen ihr Fett weg. Schade nur, dass die Politiker, die er so scharfsinnig aufs Korn genommen hat, nie diese Worte hören oder lesen werden.

Die schönen Stunden vergingen viel zu schnell und Herr Röhl wurde mit einem langen Applaus verabschiedet. Anschließend konnten wir die signierten Bücher kaufen und hatten viele Gesprächsthemen aus dem Gehörten. Dank an die Gruppe der LINKEN, die Ortsgruppe der Volkssolidarität und die fleißigen Kuchenbäckerinnen für die Organisation.

Im März treffen wir uns wieder – bis dahin, frei nach Ernst Röhl:

„Wie schicksalhaft das Leben auch verfliegt,

du blickst zurück, die Stimme leicht gedämpft:

Nicht jeder, der gekämpft hat, hat gesiegt,

nicht jeder, der gesiegt hat, hat gekämpft.“

Helga Witt, Mahlow

Danke für das Gespräch!



Kommunalwahlen 2008

TRANSPARENT LINKE POLITIK IM LANDTAG

Die Landtagsabgeordnete Kornelia Wehlan zu aktuellen Themen:

Rückwirkungsrecht auf Anschlussbeiträge muss verhindert werden

Mit den Urteilen des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg vom 12. Dezember 2007 können Beiträge für die Herstellung des Anschlusses an Trink- und Abwassernetze auch dann erhoben werden, wenn die Grundstücke bereits vor 1991, einbezogen dabei auch die DDR-Zeit, angeschlossen worden sind.

Dazu hat eine Gesetzesänderung im Jahr 2003 zum sogenannten Kommunalen Entlastungsgesetz der Regierungskoalition aus SPD und CDU im Brandenburger Landtag beigetragen. Obwohl damals die PDS-Fraktion im Landtag auf die erhebliche Kostenbelastung für die Betroffenen aufmerksam gemacht und einen Änderungsantrag zur Streichung der entsprechenden Paragraphen eingebracht hatte, wurde das Gesetz durchgepeitscht. Für die betroffenen Eigentümer bedeutet das, dass sie nun zu einem Anschlussbeitrag herangezogen werden können, obwohl ihre Grundstücke bereits seit Jahrzehnten an einer öffentlichen Anlage angeschlossen sind.

Dies geschieht nun auf der Grundlage, die nach heutigen Maßstäben bemessen und berechnet wird. Nicht berücksichtigt werden dabei die Eigen- und Feierabendleistungen, die zu DDR-Zeiten in diesem Bereich üblich waren, die die Eigentümer selbst erbracht haben, aber heute nicht mehr nachweisen können.

Wie kann dem nun entgegengewirkt werden?

Die Linksfraktion in der Stadtverordnetenversammlung Luckenwalde hat nun das Thema aufgegriffen, um im Versorgungsgebiet der Nuthe-Wasser- und-Abwasser-GmbH solche Art

Rückwirkungsmöglichkeiten zur Nacherhebung von Altanschlussbeiträgen zu unterbinden und ihre Vertreter in dieser Gesellschaft aufzufordern, in diesem Sinne wirksam zu werden. Ähnliche Anträge sind auch für die anderen Versorgungsgebiete in Vorbereitung.

Für das Versorgungsgebiet des KMS kommt erschwerend hinzu, dass der Verband am Topf des Schuldenmanagementfonds des Landes für hochverschuldete Abwasserverbände hängt. Diese sind mittels Kriterien der Landesregierung angehalten, für alle erdenklichen Einnahmen bei Gebühren und Beiträgen zu sorgen. Eine Nichtanwendung im Sinne der Möglichkeiten, die sich aus dem OVG-Urteil ergeben, verwirkt demnach die Inanspruchnahme von notwendigen Mitteln aus dem Schuldenmanagementfonds. Damit wären die ohnehin schon gebeutelten Bürger dieser Versorgungsgebiete in Anbetracht hoher Preise doppelt bestraft. Deshalb ist die Landesregierung aufgefordert, hier Abhilfe zu schaffen – und das sofort.

Grundzentren für Daseinsvorsorge unerlässlich

Das von der Landesplanung vorgeschlagene dreistufige Zentralort-System ist absolut ungewöhnlich und in der Bundesrepublik Deutschland einmalig mit der Metropole Berlin, die nicht einmal zum Land Brandenburg gehört, den Oberzentren (Potsdam, Brandenburg, Frankfurt/Oder, Cottbus) und den Mittelzentren.

Unterhalb der Mittelzentren ist keine von der kommunalen Basis mitgeplante Nahbereichsstufe mit Grund- und Kleinzentren mehr vorgesehen. Damit werden ländliche Regionen von der Landesentwicklung weitgehend abgehängt.

Das Leitbild der LINKEN „Für ein zukunftsfähiges und solidarisches



Brandenburg der Regionen“ hat die Alternativen zu der von oben diktierten Landesplanung in Brandenburg überzeugend herausgearbeitet. Deshalb wird DIE LINKE. zur nächsten Landtagssitzung einen Antrag einbringen, in dem die Landesregierung aufgefordert wird, in der Planung weiterhin eine Nahbereichsstufe zu berücksichtigen. <

Wahlkreisbüro Kornelia Wehlan

Zinnaer Straße 36
14943 Luckenwalde
Telefon u. Fax:
0 33 71 / 40 65 44

E-Mail-Adresse:

BueroLukWehlan@aol.com

Zum Gedenken

Am 8. Mai 2008 finden zum Gedenken an den Tag der Befreiung vom Faschismus traditionell zahlreiche Kranzniederlegungen statt, so unter anderem auch in Ludwigsfelde, Zossen, Blankenfelde-Mahlow, Großbeeren und Baruth.

In Jüterbog findet die Kranzniederlegung um 10.00 Uhr am sowjetischen Ehrenmal am Dammtor statt. <

Rentenrecht und Rentenentwicklung

Auf Einladung DIE LINKE Blankenfelde-Mahlow fand ein öffentlicher Diskussionsabend mit der Bundestagsabgeordneten Frau Dr. Martina Bunge (DIE LINKE.), Vorsitzende des Ausschusses für Gesundheit im Deutschen Bundestag, statt.

Genossin Dr. Bunge sprach zur Reform der Pflegeversicherung, der Gesundheitsreform und der Angleichung des aktuellen Rentenwertes (Ost). Der vollbesetzte Saal in der „Grünen Passage“ in Blankenfelde zeigte, dass diese Themen viele Bürger bewegen. Die Bundestagsabgeordnete hat in ihren Darlegungen, ausgehend von dem gegenwärtigen Stand, den Standpunkt der Bundestagsfraktion DIE LINKE. dargelegt. 18 Jahre nach der Vereinigung werden die Renten Ost und West immer noch mit unterschiedlichen Rentenwerten berechnet. Das führt zu nicht akzeptablen sozialen Ungleichbehandlungen, weil die Lebenshaltungskosten in Ostdeutschland mittlerweile auf westdeutschem Niveau angekommen sind, die Renten aber immer noch zwölf Prozent unter dem westdeutschen Niveau verharren. Deshalb engagieren sich Gewerkschaften, Sozialverbände und DIE LINKE für gleichberechtigte Renten.

Die Bundestagsfraktion hat für die Angleichung der Renten und gegen weitere 16 spezielle Rentenungerechtigkeiten Anträge in den Bundestag eingebracht, um Veränderungen zu erreichen. Ein Sechs-Punkte-Rentensofortprogramm der Fraktion DIE LINKE. wurde 2007 erarbeitet. Frau Dr. Bunge machte auch darauf aufmerksam, dass der gesetzliche Rahmen der Rentenüberleitung nicht nur die ältere Generation betrifft. Viele im mittleren Alter wissen gar nicht, dass die Gesetze von Anfang der neunziger Jahre auch Einfluss auf ihre Alters-

bezüge haben werden. Personen, die zur Wende zum Beispiel 30 Jahre alt waren, müssen noch mit Benachteiligung rechnen, wenn sie im Jahr 2027 mit 67 Jahren in Rente gehen.



Deshalb fordert DIE LINKE:

- Lebensstandardsicherung durch die gesetzliche Rentenversicherung,
- Kürzungsfaktoren in der Rente abschaffen,
- Nein zur Rente mit 67,
- Renten in Ost und West angleichen.

Die Fraktion DIE LINKE. hat die sogenannte Gesundheitsreform abgelehnt, weil diese die Probleme im Gesundheitssystem nicht löst, sondern im Gegenteil neue schafft. Keines der dringenden Strukturprobleme wird angepackt. So erfolgt weder eine breite Förderung poliklinischer Einrichtungen, noch gibt es ein konsequentes Vorgehen gegen die ausufernden Preise der Pharma- und Geräteherstellerindustrie.

2009 soll der Gesundheitsfonds eingeführt werden, der aber sichtlich die vorhandenen Probleme nicht löst und viele Fragen der Verteilung offen lässt, allein die Beiträge für die Krankenkassen, die von vielen Faktoren abhängig sind. Wir brauchen Krankenkassen, aber keine 250. Der Vorschlag, eine Bürgerversicherung einzuführen, in die alle Bürger einzahlen, wird abgelehnt. Es gibt dafür keine parlamentarischen Mehrheiten. Frau Dr. Bunge machte auch darauf aufmerksam, dass die Ver-

sorgung und Betreuung der alternden Gesellschaft sowie der medizinische Fortschritt nicht zum Nulltarif zu haben sind. Im Monat März wird im Bundestag ein Gesetzentwurf für ein Pflege-Weiterentwicklungsgesetz vorgelegt werden. Seit Einführung der Pflegeversicherung im Jahre 1995 wurden die Pflegesätze nicht angehoben.

Die mit dem Gesetzentwurf verbundenen Erwartungen wurden nicht erfüllt.

So wurde nur der Pflegesatz 3 erhöht, und es gibt Vorschläge mit geringfügigen Leistungsverbesserungen für Menschen mit demenziellen Erkrankungen. In einer öffentlichen Anhö-

rung des Gesundheitsausschusses des Bundestages im Januar 2008 haben zahlreiche Experten kritisch dazu Stellung genommen. DIE LINKE. fordert unter anderem eine 15-prozentige Anhebung von Geld- und Sachleistungen sowie eine Anhebung der ambulanten und teilstationären Sachleistungsbezüge.

In der Diskussion wurde eine breite Palette von Fragen gestellt, die Frau Dr. Martina Bunge beantwortete.

So zum Beispiel:

- Welchen Standpunkt hat DIE LINKE. zur Privatisierung der Krankenhäuser?
- Wie kann der Ärztemangel behoben werden?
- Warum gibt es Einkommensunterschiede bei Ärzten zwischen Ost und West?
- Warum wurde die Erhöhung der Mehrwertsteuer auch auf Medikamente festgelegt?
- Welche Rentenentwicklung gibt es im Jahr 2008?

Ihre Aufforderung zum Abschluss des Abends: „Bleiben wir weiter widerstandsfähig!“, werden wir in unserer Arbeit umsetzen. Es war ein gelungener informativer Abend.

Irma Hilka, Blankenfelde



Diana Golze hat das Wort

Bildung und Mitbestimmung statt Wegsperrern und Liegestütze

Jörg Schönbohm – neuer Vorsitzender der Innenministerkonferenz und brandenburgischer Innenminister – möchte sofort die Jugendkriminalität in Brandenburg bekämpfen. Bravo, doch sollte der Minister nicht nur die Folgen, sondern auch die Ursachen betrachten. Nicht alle Jugendlichen sind gewalttätig, nicht einmal die Masse, aber die, die es sind, stechen heraus und sorgen so für das negative Image einer ganzen Gesellschaftsgruppe. Wir sollten uns einmal die Frage stellen, warum Jugendliche zur Gewalt greifen. Ist es eine mangelnde Ausbildung oder die Perspektivlosigkeit, das Desinteresse der Gesellschaft für die Gruppe oder ist es gar die einzige Sprache, die einige Jugendliche beherrschen?

Die aktuelle Lösung von Teilen der politischen Klasse für dieses Problem: Hart durchgreifen! Das alte Lied: Reaktion statt Prävention, Wegsperrern statt Helfen. Kriminologen weisen nach, dass Erziehungscamps und härtere Strafen das Problem der Jugendkriminalität nicht lösen können. Wir müssen die Ursachen bekämpfen. Wenn Strafen keine Resozialisierung bewirken, dann führt ein Gefängnis-aufenthalt eher zur weiteren Kriminalisierung jugendlicher Straftäter und erschwert die Resozialisierung. Auch eine Einweisung in so genannte Päd-Camps löst die bestehenden Probleme

Eine Bundestagsabgeordnete aus unserer Region

me nicht. Um mit den Worten von Michael Foucault zu sprechen: „Das Gefängnis kann gar nicht anders, als Delinquenten zu produzieren.“

Kinder und Jugendliche müssen nicht nur umfassend geschützt, sondern auch ebenso umfassend gefördert werden. Statt höherer Strafen sollte mehr in die Bildung investiert werden. Bildung muss politische Priorität haben. Aber hier liegt Deutschland auf dem beschämenden drittletzten Platz aller 27 EU-Staaten.

Im Interesse einer wirksamen Prävention von Jugendkriminalität dürfen die Mittel für Jugend- und Familienhilfen nicht dauernd gekürzt werden. Vielmehr sollten leicht erreichbare und für jeden zugängliche Angebote in der Kinder- und Jugendsozialarbeit ausgebaut, sozial benachteiligte Kinder durch eine bedarfsgerechte Kindergrundsicherung aus der Armut befreit und ein Rechtsanspruch auf gebührende Ganztagsbetreuung und Ganztagschulen mit gleichen Bildungschancen für alle eingeführt werden.

Das fordert auch die neue Vorsitzende der Kultusministerkonferenz Annegret Kramp-Karrenbauer, die frühkindliche Erziehung und berufliche Bildung zum Schwerpunkt ihrer einjährigen Amtszeit macht, und das unter dem Blickwinkel „mehr Gerechtigkeit“. Eine Ausbildungsplatzumlage und eine ausreichende Zahl existenzsichernder Arbeitsplätze verschafft vielen Jugendlichen wieder eine Perspektive. In diesem Sinne fordere ich „mehr Bildung“.

Jugendliche benötigen Perspektiven, brauchen demokratische Teilhabe und Mitbestimmung. Angesichts wachsender sozialer Ungleichheit und Kinderarmut ist es an der Zeit, mehr für die Teilhabe der heranwachsenden Generationen am gesellschaftlichen Leben zu tun. Das bedeutet zunächst einen unkomplizierten und materiell gesicherten Zugang zu Bildung, Kultur, Freizeitangeboten und Sport. Kinder- und Jugendparlamente sowie andere Formen der Mitbestimmung sind Foren,

in denen die Heranwachsenden ihre Interessen zum Ausdruck bringen und demokratische politische Kultur einüben.

Diese zu unterstützen und zu stärken ist unsere Aufgabe. Dabei sollten die demokratischen Foren, die Jugendparlamente, dann auch mit Entscheidungskompetenzen ausgestattet sein, es geht um mehr als nur ums Mitreden. Jugendliche haben das Recht, über Entscheidungen, die sie betreffen, mitzubestimmen.

Die Stärkung von Mit- und Selbstbestimmungsrechten junger Menschen wird daher auch ein Schwerpunkt meiner Vorsitzzeit in der Kinderkommission des Deutschen Bundestages sein. <

kommunalpolitisches forum

In Vorbereitung der Kommunalwahlen 2008 hat das kommunalpolitische forum Land Brandenburg e.V. gemeinsam mit der Kommunal Akademie und dem Kommunikationsspezialisten Thomas Görner ein Schulungsangebot erarbeitet.

Es richtet sich an alle Kommunalpolitiker und Kommunalpolitikerinnen, die sich für ihre Arbeit in den Städten, Gemeinden und Kreisen weiter qualifizieren wollen, aber auch an jene, die 2008 zum ersten Mal ein politisches Amt anstreben wollen und nun das Rüstzeug für dieses ehrenamtliche Wirken erwerben wollen.

Unabhängig von diesem zentralen Angebot besteht die Möglichkeit im Zusammenwirken mit den kf-Kontaktstellen Angebote entsprechend der regionalen Spezifika wahrzunehmen.

Vom 24. bis 27. April 2008 findet eine Bildungsfahrt in den Freistaat Thüringen statt. Thema: „Erfahrungsaustausch zu Fragen einer Kreisgebiets- und Funktionalreform, der praktischen Umsetzung von alternativen Energien in Kommunen.“

Informationen zur Teilnahme finden Sie unter: www.kf-land-brandenburg.de. <



Kommunalwahlen 2008 Kandidaten

Im Interview:

Angelika Linke

Marianne: *Zur Kommunalwahl am 28. September 2008 kandidierst Du das dritte Mal für den Kreistag Teltow-Fläming sowie das zweite Mal für die Stadtverordnetenversammlung Ludwigsfelde. Grund genug, Dich unseren Lesern etwas näher vorzustellen.*



Angelika: Mein Name ist Angelika Linke. Ich bin 59 Jahre, verheiratet und habe zwei erwachsene Töchter. Von Beruf bin ich Agrotechnikerin. Später habe ich mich zur landwirtschaftlich-technischen Assistentin und darauf aufbauend zur Ingenieurin für pflanzenbauliche Versuche qualifiziert.

Nach 1989 musste ich mich neu orientieren. Mir wurde 1991 eine Stelle beim DRK – Kreisverband Zossen angeboten. Da ich schon seit meiner Schulzeit aktiv für das DRK gearbeitet hatte, habe ich zugesagt. Bis heute bin ich über diese Entscheidung glücklich. In den letzten 17 Jahren meiner Tätigkeit gab es viele Veränderungen. Jetzt arbeite ich als Koordinatorin für Mitgliederbetreuung und Ortsverbände. Ich koordiniere 18 Ortsverbände mit 1000 ehrenamtlichen Aktiven und

10500 Mitgliedern, die uns finanziell unterstützen.

Marianne: *Ein großer Teil Deiner Tätigkeit findet abends oder am Wochenende statt. Trotzdem arbeitest Du in zwei Parlamenten, Kompliment.*

Angelika: Soziale Gerechtigkeit lag und liegt mir besonders am Herzen. Ich wollte dazu entsprechend meinen Möglichkeiten etwas beitragen.

Der Anfang für linke Abgeordnete war nicht leicht. Inzwischen werden unsere Fachkompetenz und unser Engagement anerkannt. Wir konnten einiges bewegen. Gemeinsam mit meinen Fraktionskollegen habe ich beigetragen, die einmaligen Einschulungshilfen durchzusetzen. Das Sozialticket im Landkreis Teltow-Fläming, aber auch im Landkreis Dahme-Spreewald trägt die Handschrift der LINKEN.

Das erste Mal habe ich dem Kreis Haushaltsplan zugestimmt, weil viele Vorschläge unserer Fraktion darin enthalten sind. Wichtig ist mir auch zu erwähnen, dass es in der Kristalltherme in Ludwigsfelde kostenfreies Schulschwimmen gibt. In einer Grundschule in Ludwigsfelde wird ein Sozialarbeiter seine Tätigkeit aufnehmen. Für all das hat sich der Einsatz gelohnt.

Marianne: *Du kandidierst erneut. Wenn Du gewählt wirst, auf welche Aufgaben wirst Du Dich besonders konzentrieren?*

Angelika: Ich würde weiterhin im Jugendhilfe- und Sozialausschuss arbeiten wollen. Hier konnte ich im Laufe der Jahre Erfahrungen sammeln. Außerdem gibt es noch eine Reihe Probleme, die bisher noch nicht gelöst werden konnten. Ich denke dabei insbesondere an den kostenfreien Schulbusverkehr sowie das kostenlo-

se Schulsessen. Seit einem Jahr gibt es in meiner Heimatstadt Ludwigsfelde einen Juniorclub – einmalig im Land Brandenburg. Es ist ein Gemeinschaftsprojekt des DRK-Kreisverbandes und der Stadt. Hier können Kinder ihre Freizeit verbringen, die nicht in den Hort wollen oder können. Dieses Projekt muss noch ausgebaut werden. Ich möchte nicht auf halbem Weg stehen bleiben und möchte daran weiter mitarbeiten.

Wir alle wünschen Dir dazu gutes Gelingen.

Danke für das Interview

Marianne Richter, Luckenwalde



Eine kleine Auswahl politischer Absurditäten, die unsere Obrigkeiten in den letzten Wochen fabriziert haben:

- Noch in diesem Jahr soll die Bundespolizei eine Hundertschaft für robuste Auslandseinsätze aufstellen.
- Ein Fallmanager soll nicht mehr als 150 Arbeitslose betreuen, oft sind es jedoch bis zu 600.
- Laub harken statt Job in einer Computerfirma.
- Chefs halten eigene Gehälter überwiegend für angemessen.
- Offene Frage: Ist der Schulbus für Eltern künftig kostenfrei oder bleibt es bei Eigenbeiträgen?
- Die jetzt beabsichtigte Rentenerhöhung sichert, dass die Rentner am Aufschwung teilhaben.

Fortsetzung folgt! Leider.

Christa Zernick, Am Mellensee

Notizen aus dem Karl-Liebknecht-Haus

aus erster Hand von Maritta Böttcher



In Hamburg laufen die Koalitionsverhandlungen von CDU und Grünen. Es handelt sich da um einen bemerkenswerten Vorgang. Es wären auch andere Mehrheiten in Hamburg möglich, nämlich SPD, Grüne und DIE LINKE.! Das will die SPD politisch nicht nutzen, das ist deren Problem. Auch dass mit Ole von Beust jemand vonseiten der CDU die Koalitionsverhandlungen führt, der noch in der vorletzten Wahlperiode mit Herrn Schill koalitiert hat. Auf die schwarz-grüne Koalitionsvereinbarung bin ich gespannt. DIE LINKE wird in Hamburg eine klare eindeutige Opposition sein. Wir wollen die soziale Gerechtigkeit zurück in die Hamburger Bürgerschaft bringen.

In dem Zusammenhang noch eine Bemerkung zu den Grünen, weil Leute wie Herr Trittin, Frau Künast oder Herr Kuhn jetzt sagen, dass sie nicht so große Probleme mit der LINKEN hätten. Für DIE LINKE möchte ich dazu feststellen, dass wir mit dem, was sich bei den Grünen entwickelt, erhebliche Probleme haben.

Für DIE LINKE waren die letzten Wahlen sehr erfolgreich: Mit den 43 kommunalen Mandaten, die wir in Bayern errungen haben, haben wir jetzt insgesamt in der Bundesrepublik über 6.000 Mandate, davon allein 5.561 Mandate in Städten, Gemeinden und Kreisen. Das ist eine sehr beachtliche

Zahl. Wir sind jetzt in 10 Landesparlamenten in Fraktionsstärke vertreten, haben eine Parlamentarierin im Saarland und einen in Nordrhein-Westfalen. Ich freue mich, dass wir es auch in Schleswig-Holstein schaffen werden, flächendeckend anzutreten. Wir werden dort in allen großen Städten präsent sein, aber auch in vielen Gemeinden und Landkreisen. Ich bin sehr gespannt, wie die Ergebnisse dort sein werden. Auch deshalb, weil Herr Beck in Schleswig-Holstein die Kampagne der SPD „Deutschland-Dialog: Nah bei den Menschen“ beginnt. Dieser Titel ist schon etwas problematisch und zeigt eher, dass die SPD etwas weit weg ist von der Realität. Wir zumindest als LINKE wollen mitten im Leben sein und mit unseren inhaltlichen Angeboten punkten. Da bleiben natürlich die inhaltlichen Forderungen Gemeinschaftsschule, Mindestlohn, mehr direkte Bürgerbeteiligung und selbstverständlich die gesamte Frage der Sozialsysteme Thema. Aufgrund der aktuellen Debatte noch ein Wort zur Bahn und zur Bahnprivatisierung: Hier ist ja von der großen Koalition mehrfach angekündigt worden, dass es ein Ergebnis geben soll. Hier soll es zu einer Entscheidung kommen und hier hat der Parteitag der SPD in Hamburg eine sehr vernünftige Entscheidung getroffen, dass die Bahnprivatisierung, so wie von der großen Koalition geplant,

nicht stattfinden soll. Aber die Signale aus der SPD deuten darauf hin, dass entgegen dem Parteitagsbeschluss andere Entscheidungen getroffen werden sollen. Wir sagen ohne Wenn und Aber Nein zur Bahnprivatisierung. Das ist ein öffentliches Gut. Der angebliche Kapitalbedarf, den es gibt, ist am Kapitalmarkt auch zu holen.

Eine Privatisierung würde dazu führen, dass wieder mehr Menschen abgehängt werden, dass gerade weniger attraktive Strecken eingestellt werden. Das kann nicht im Sinne der LINKEN sein. Bei der Privatisierung der Strommärkte hat man im Übrigen gesehen, dass das Ergebnis nicht mehr Wettbewerb war, sondern letztlich höhere Preise. Die Bahnprivatisierung und die Entscheidungen, die da getroffen werden, werden in der SPD zu einem Lackmuestest. Wird hier das, was die CDU will, was einige in der SPD wollen – insbesondere der Finanzminister – betrieben oder kommt man wirklich dorthin, dass die Bahn in öffentlicher Hand, zu einem wesentlichen Teil im Eigentum des Staates bleibt? Das ist eine sehr wichtige und zentrale politische Entscheidung. <

Jüterboger Gespräche fortgesetzt

Im Werner-Kempff-Saal des Kulturquartiers in Jüterbog waren Frau Prof. Christa Luft und Michael Reimann der Einladung von Maritta Böttcher gefolgt.

Thema des Abends war die gegenwärtige Wirtschafts- und Steuerpolitik. Doch zunächst stellte Maritta ihre

Gesprächspartner mit Stationen aus deren Leben vor. Michael Reimann erläuterte, wie er auf die Idee kam, Unternehmensberater zu werden.

Christa Luft beschrieb humorvoll, wie sie zur letzten Wirtschaftsministerin der DDR wurde und wie sie heikle Situationen während ihrer Amtszeit

meisterte. Sie sprach sehr eindrucksvoll über ihre Jahre im Bundestag und die Vorbehalte gegenüber Vorschlägen der Abgeordneten der damaligen PDS.

Michael Reimann machte sehr deutlich, dass das Klischee - LINKE und Wirtschaftspolitik passen nicht zusammen

Fortsetzung auf Seite 10

Fortsetzung von Seite 8
men - abgelegt gehört. Als Unternehmensberater und Politologe ist er täglich mit den Auswirkungen der jetzigen Politik konfrontiert.

Beide machten im Gespräch darauf aufmerksam, dass vor allem die gegenwärtige Steuerpolitik nicht mit den



oft sehr laut geäußerten Meinungen über den Mittelstand zusammenpassen. Einerseits wird der Mittelstand als Fundament der deutschen Wirtschaft gepriesen, andererseits alles getan, um kleine und mittlere Betriebe immer mehr zu belasten.

Über einen gesetzlichen Mindestlohn für alle Branchen und seine möglichen

Auswirkungen wurde ebenfalls diskutiert. Der Gegensatz von arbeitsintensiven Berufen und technologisch ausgerichteten Unternehmen, die mit immer weniger Arbeitskräften immer mehr produzieren, war ein weiteres Thema. In der anschließenden Diskussion reichten die Fragen vom Sozial-

ticket bis zum Problem Mindestlohn. Dabei ging es darum, wie Unternehmen, die Mindestlöhne zahlen, an Aufträge z. B. der öffentlichen Hand gelangen, weil ja nach dem preiswertesten Anbieter gesucht wird. Eine Kontrolle bei der Vergabe sei notwendig, in der Praxis wird sie unzureichend angewendet.

Petra Haase, Jüterbog

Kein Ausbau von Havel und Spree

Flüsse sind die Lebensadern unserer Landschaft. Sie bieten einer Vielzahl seltener oder vom Aussterben bedrohter Tier- und Pflanzenarten Lebensraum. Doch sie sind gefährdet. „Politik und Binnenschiffverkehrslobby treiben den Ausbau der Flüsse für die Binnenschiffahrt immer weiter voran“, kritisiert der Umweltverband BUND. Geplant ist der Bau einer durchgehenden Wasserautobahn zwischen Magdeburg und Berlin. Das trifft auch unsere brandenburgischen Gewässer: Havel und Spree sollen im Rahmen des „Verkehrsprojekt Deut-

sche Einheit Nr. 17“ (VDE 17) ausgebaut werden.

Die Landtagsabgeordnete der LINKEN, Anita Tack, hält das Festhalten von Minister Dellmann an diesem Projekt für einen „verkehrspolitischen Irrweg... Entgegen allen neueren Prognosen zum Schifffahrtsaufkommen, gegen eine breite Bewegung für den Erhalt der natürlichen Umwelt an der Havel und gegen die Bedenken des Berliner Senats zur Weiterführung des Vorhabens“ unterstützte der Minister immer noch VDE 17, bemängelt die linke Verkehrsexpertin.

Linke Medienakademie

Am ersten Märzwochenende diesen Jahres fand die 5. Akademie für linke MedienmacherInnen in Berlin statt. Der Veranstaltungsort im Tagungszentrum am Franz-Mehring-Platz 1 bot hierfür optimale Arbeitsbedingungen. Akademie-Projektleiter Christoph Nitz und Bernd Hüttner waren über die seit Jahren stetig steigende Teilnehmerzahl und das große Interesse erfreut. Die Vielzahl der Kursangebote sowie die Einteilung in verschiedene Schwierigkeitsgrade sorgten für ein ausgewogenes und lehrreiches Wochenende. <

Tina Senst, Luckenwalde

Erklärtes Hauptziel der Ausbauplanungen ist es, die Transportkosten zu senken. Damit soll das Schiff gegenüber dem LKW und der Bahn wieder konkurrenzfähig werden. Die Planer behaupten, das sei nur mit immer größeren Schiffen möglich. Allerdings ist die Planungsgrundlage schon alt. Die Zahlen sind aus dem Jahr 1989 und die Prognosen der zu transportierenden Mengen aus dem Jahr 1992. Dazu kommt der - gegenüber der Bahn - deutlich höhere Energieverbrauch. Auch der CO₂-Ausstoß und die übrige Schadstoffbilanz der Schifffahrt sind weit negativer als bei der Bahn. Ökologisch und ökonomisch ist VDE 17 ein kritisierenswertes Projekt.

Wegen dieser negativen Folgen auf Natur und Landschaft, Wasserhaushalt und öffentliche Gelder haben gegen VDE 17 engagierte FlussretterInnen von Anfang an Widerspruch angemeldet. Mit Erfolg: Seit 1992 hat das „Aktionsbündnis gegen den Havelausbau“ basisdemokratische Kontrolle und bürgerschaftlichen Einfluss auf die Maßnahmen geltend gemacht. Seit Dezember 2007 protestieren UmweltschützerInnen, PolitikerInnen der LINKEN und andere Verbündete gemeinsam. Die Kampagne „Stopp Havelausbau!“ soll der Ausbaulobby Paroli bieten.

Christian Rehmer, LAG Umwelt

„Süße Blume“ – Shirin-Gol

Wie oft hat sich mancher von uns schon gefragt: Wie leben einfache Menschen wie du und ich in einem Land wie Afghanistan? Mancher wird damit konfrontiert, wenn der Sohn oder Ehemann mit der Bundeswehr dorthin kommandiert wird; andere erfassen die Nachrichten über die Entführung von Europäern, Angehörigen von Hilfsorganisationen.

Aber wie lebt eine Afghanin, Shirin-Gol, als Kind, junges Mädchen, zwangsverheiratete Frau im Exil bzw. in ihrem Land, unter der „Russenherrschaft“, den Mujahedin, den Taleban?

Die iranische Autorin und Filmemacherin Siba Shakib lernt Shirin-Gol, „Süße Blume“, in einem Flüchtlingslager in Afghanistan kennen.

Die erste Begegnung: „Was willst du von mir? Das sind meine Kinder. Lasst mich doch in Ruhe, in Gottes Namen.“ „Verzeihen Sie bitte ... Ich starre das Tuch vor mir an, bis ich endlich weiterprechen kann ... Ich bin nur hier, weil ich ... mir euer Elend ansehen, es filmen und darüber schreiben möchte...

Geht es dir gut?, fragt das Tuch. Eine Hand kommt darunter hervor, schiebt meinen Ärmel hoch und legt sich auf meinen Arm.

„Shirin-Gol, eine ganz einfache Afghanin, erlebt alle Grausamkeiten



dieser Welt. Sie wird als Mädchen geboren und damit rechtlos. Mädchen dürfen nicht mal allein auf der Straße spielen ...

So tauche ich beim Lesen in eine mir fremde Welt, die ich als menschenfeindlich empfinde. Siba Shakib beschönigt nichts. Shirin-Gols Bruder bezahlt seine Spielschulden, indem er dem Gläubiger seine Schwester als Ehefrau verspricht. Zum Glück für sie gehört er nicht zu den Gewalttätigen. Sie flieht nach Pakistan, wird verge-

waltigt, prostituiert, mit Lebensmitteln für ihre sechs Kinder „bezahlt“. Sie versucht ihr „Glück“ im Iran, bis die iranische Regierung die Flüchtlingshilfe untersagt. Wieder in Afghanistan sucht und findet sie ihre älteste Tochter, inzwischen verwitwet.

Ohne vordergründig die politischen Verhältnisse zu beschreiben, gelingt es der Autorin zu verdeutlichen, wie große Politik sich auf den Alltag der Ärmsten der Armen auswirkt.

„Nach Afghanistan kommt Gott nur noch zum Weinen“ lautet der Buchtitel.

Und dennoch ist Shirin-Gol reich. Sie kann lesen und schreiben; das hat sie in der „Russenschule“ gelernt. Aber damit ist sie unattraktiv für Männer – sie ist klüger als viele von ihnen, lässt sich nicht so leicht an die Leine nehmen.

Sie ist stark, kämpft um das Leben ihres Mannes – Opium-Morad – und ihrer Kinder. Sie hilft anderen, wo sie kann, bewahrt sich so ein Stückchen Menschenwürde. Was für eine Welt!

Ingrid Köbke

Großes Interesse an Mitgliedschaft

Dass in den ersten beiden Monaten des Jahres 2008 das Interesse für DIE LINKE groß sein wird, war auf Grund der Wahlen in den drei westlichen Ländern Hessen, Niedersachsen und Hamburg zu ahnen. Dass sich dieses Interesse aber in einer Flut von Eintritten in die Partei widerspiegeln wird, war nicht vorauszusehen.

Bisher haben in diesem Jahr 60 Neue die Eintrittserklärung ausgefüllt und nunmehr eine Heimat in einer Basisorganisation des Landesverbandes Brandenburg gefunden. Wenn man den Vergleich mit den Anfangsmonaten der vergangenen drei Jahre zieht, so ist das im Verhältnis zu den Jahren 2005 oder 2007 eine Verdreifachung und zum Jahr 2006 – eines der bisher besten Jahre – eine Verdopplung. Bemerkens-

wert ist auch die Altersstruktur. So trat Ursula Künstler mit 83 Jahren in die Partei ein. Zu ihren Beweggründen befragt, sagte sie, als Mitglied der Volkssolidarität in Brandenburg/Havel hat sie die Herzlichkeit der LINKEN erlebt und sich bei einem Kinder- und Familienfest zur Mitgliedschaft entschieden. Auch die beiden Hartz-IV-Empfänger Diana und Gerhard aus Cottbus (22 und 41 Jahre) haben sich für DIE LINKE entschieden.

Die menschenverachtende Politik der anderen Parteien war für sie Grund, bei den LINKEN Mitglied zu werden. Benno Schwiegon (21 Jahre) aus dem Barnim erzählte seinem Vater, dass er die Musterung zum Anlass nahm, über die Frage Krieg und Frieden und die Rolle der LINKEN zu die-

ser Frage nachzudenken, und nun hier seine politische Heimat sieht.

Das jüngste Mitglied Franziska kommt mit 14 Jahren aus dem Kreis Potsdam-Mittelmark und hat sich im Februar auch schon auf dem Landesparteitag umgeschaut.

In den Kreisverbänden wird weiterhin aktiv an der Gewinnung neuer Mitglieder auch mit dem Blick auf die Kommunalwahlen am 28. September 2008 gearbeitet. Klar ist, dass nur durch die intensive Einbeziehung der Neuen in die politische Arbeit eine stabile Bindung an die Partei erreicht wird. Das Jahr 2008 könnte somit auch auf dem Gebiet der Mitglieder-gewinnung das Jahr der LINKEN werden.

Reinhard Frank, Potsdam

Reiches armes Deutschland

Deutschland ist reich an großen
Konzernen,
doch diese greifen schon lang nach
den Sternen.
Nach Steuergeschenken und Arm-
rechnung
ist bescheiden sein jetzt völlig vorbei.

Für Auslandseinsätze der Bundes-
wehr,
zahlt Deutschland gern und immer
mehr.

Für Herrn Bushs Macht- und
Kriegsgelüste
greift Frau Merkel gern in die volle
Geld-Kiste.

Deutschland ist reich an großen
Gestalten,
die in Geld und Wirtschaft die Spitze
halten,
doch auch das Volk konnte früher
gut leben,
denn es hat mal guten Ausgleich
gegeben.

Doch geht's heut ums Volk, da muss
Deutschland sparen.
Beweise dafür zieht man herbei an
den Haaren.

Kein Geld sei mehr da für gute
Bildung der Jugend.
Den Geiz verkauft man uns auch
noch als Tugend.

Damit es in Deutschland an Arbeit
fehlt,
dafür zahlt man Managern viel zu
viel Geld.
Der Arbeitslohn sei erst richtig, sagt
man,
wenn keiner mehr davon leben kann.

Drum, deutsches Volk, sieh die
Zeichen der Zeit,
zum Kuschen sei nicht länger bereit,
zeig denen, die „Reformen“ gegen
uns starten,
endlich die fälligen roten Karten.

Rainer Weigt, Klein Schulzendorf



Glückwünsche

Ernst Hänisch in Ludwigsfelde zum 88. Geburtstag am 17.04.
Dr. Käthe Vogeler-Seelig in Rangsdorf zum 93. Geburtstag am 18.04.
Elma Noth in Luckenwalde zum 78. Geburtstag am 18.04.
Erhard Schmutzler in Ludwigsfelde zum 84. Geburtstag am 19.04.
Christel Hein in Zossen zum 71. Geburtstag am 23.04.
Bernhard Bartusch in Ludwigsfelde zum 76. Geburtstag am 24.04.
Freimut Klein in Blankenfelde zum 84. Geburtstag am 01.05.
Gisela Länge in Luckenwalde zum 83. Geburtstag am 01.05.
Gisela Schulz in Blankenfelde zum 82. Geburtstag am 01.05.
Erika Dziggel in Luckenwalde zum 82. Geburtstag am 02.05.
Ingeborg Imme in Blankenfelde zum 82. Geburtstag am 02.05.
Gisela Gutjahr in Ludwigsfelde zum 78. Geburtstag am 05.05.
Gertraude Hummel in Dahlewitz zum 74. Geburtstag am 05.05.
Hildegard Hube in Luckenwalde zum 88. Geburtstag am 06.05.
Gerda Urban in Jüterbog zum 86. Geburtstag am 06.05.

Herzliche Glückwünsche

*senden die Basisorganisationen und
Vorstände den Jubilaren, die einen runden Geburtstag begehnen:*

Irmgard Hoeltke in Jüterbog zum **65.** Geburtstag am 14.04.
Hannelore Scharp in Blankenfelde zum **50.** Geburtstag am 16.04.
Reinhold Roth in Dahme/Mark zum **80.** Geburtstag am 29.04.
Gerhard Lämmel in Nächst Neuendorf zum **85.** Geburtstag am 07.05.
Luzie Frank in Mahlow zum **80.** Geburtstag am 08.05.

Osterspaziergang in Fretzdorf

Trotz widriger Wettervorhersage sind wir die 150 km in die Kyritz- Ruppiner Heide zum Ostermarsch gefahren und haben es nicht bereut. Obwohl es kalt war, kam die Sonne raus, und etwa 5000 Teilnehmer haben sich ebenfalls nicht abschrecken lassen. Unter dem diesjährigen Motto „Politik braucht Zivilcourage“ haben sich Bombodrom- und Kriegsgegner aller Art zum gewaltlosen Protest zusammengefunden.

Zwischen den gehaltvollen Reden gab es Musikeinlagen, zu denen auch getanzt wurde, und für Kaffee und Kuchen ist auch gesorgt worden. Da durch den aufgeweichten Boden die vorgesehene Osterwanderung nicht ratsam war, wurde auf einen Rundkurs, auf den Straßen in Fretzdorf, ausgewichen. Den Dank meiner Beine an

die Veranstalter. Als erster Redner sagte Pfarrer und Friedensaktivist Peter Kranz aus Berlin ganz klar: „Gott will keinen Krieg, sondern die Menschen sollen füreinander leben.“. Danach kamen verschiedene Politiker zu ihren Beiträgen. Die Minister Woidke (BB) und Seidel (M-V) sprachen sich zwar deutlich gegen die militärische Nutzung des Bombodroms aus, meinten aber Einsätze und Zweck der Bundeswehr seien sonst richtig und notwendig. Dafür gab es auch reichlich Äußerungen des Missfallens. Ein Sprecher der Grünen brachte für Teile seiner Partei eine andere Sicht der Dinge zum Ausdruck, und besonders Kerstin Kaiser fand für DIE LINKE klare Worte: „Wir wollen kein

Fortsetzung auf Seite 12

1. Mai 2008 18. Familienfest DIE LINKE Teltow-Fläming *Boulevard Luckenwalde*

14.00 Uhr Eröffnung durch MdL Kornelia Wehlan, Vorsitzende des Kreisverbandes DIE LINKE TF
Zwischen 14.00 und 19.00 Uhr bei beliebter Live-Musik mit der Gruppe „Phönix“
und dem Luckenwalder Blasorchester, dem LKK, der Hundeschule Wittrowski und
neuen Überraschungen für Auge und Ohr sowie der beliebten Tombola



- Kaffee und Kuchen
- Antiquariat: Bücher, Schallplatten, CD
- Abgeordnetenzentrum mit dem Jugendmobil der Landtagsfraktion DIE LINKE.
- Minibücher
- Info-Stände von Vereinen, Verbänden und Gewerkschaften

Für unsere kleinen Gäste:

- Happy Bouncer Spieleshow aus Potsdam

Für das leibliche Wohl sorgt das Team der Gaststätte „Eckbusch“

Fortsetzung von Seite 11

Bombodrom – Nirgends. Aber wir wollen auch keinen Krieg – Nirgends“. Auslandseinsätze und NATO-Integration werden von ihrer Partei konsequent abgelehnt, dafür gab es kräftigen Beifall.

Sie forderte Ministerpräsident Platzeck auf, endlich bei der Bundesregierung gegen eine militärische Nutzung des Bombodroms tätig zu werden. Weiterhin berichtete Kerstin Kaiser über einen Antrag ihrer Partei an den Landtagspräsidenten zur Verleihung des Verdienstordens Land Brandenburg an die hiesige Bürgerinitiative. 16 Jahre friedlicher, gewaltfreier Protest haben Politik und Menschen verändert. Dieser Protest sei zu einem Lehrstück in Sachen Demokratie geworden.

Mit Musik und Tanz endete dieser Osterspaziergang trotz der Kälte recht fröhlich.

Rainer Weigt, Klein Schulzendorf

Termine

08.04.08 18.30 Uhr
Koordinierungsrat
Geschäftsstelle Ludwigsfelde

09.04.08 14.30 Uhr
Redaktionssitzung
Geschäftsstelle Luckenwalde

16.04.08 10.00 Uhr
AG Senioren
Geschäftsstelle Ludwigsfelde

19.04.08 9.00 Uhr
Mitgliederversammlung
im „Schmied zu Jüterbog“

24.04.08 18.00 Uhr
Skat- und Romméturnier
Geschäftsstelle Jüterbog

28.04.08 19.00 Uhr
Kreissvorstand
Geschäftsstelle Luckenwalde

01.05.08 ab 10.00 Uhr
Frühschoppen
Geschäftsstelle Ludwigsfelde

01.05.08 14.00 Uhr
Familienfest
Boulevard Luckenwalde

Wir trauern um unseren Genossen

Horst Herzog,

der im Alter von 94 Jahren
verstorben ist.

Wir werden ihm ein ehrendes
Andenken bewahren.

Basisorganisation 3
Blankenfelde-Mahlow,
Kreissvorstand Teltow-Fläming

Tiefbewegt erhielten wir die Nachricht,
dass unser Genosse

Walter Rothenburg

im Alter von 83 Jahren verstorben
ist.

Wir werden ihm ein ehrendes
Andenken bewahren.

Stadtverband Luckenwalde,
Kreissvorstand Teltow-Fläming

IMPRESSUM

Herausgeber: DIE LINKE. Kreisverband Teltow-Fläming; V.i.S.d.P.: Petra Haase
Geschäftsstellen:

14943 Luckenwalde, Zinnaer Str. 36 Tel.: 0 33 71/63 22 67 Fax: 63 69 36

Internet: www.dielinke-teltow-flaeming.de

E-Mail: info@dielinke-teltow-flaeming.de

14913 Jüterbog, Große Str. 62 Tel.: 0 33 72/43 26 91 Fax: 44 30 33

E-Mail: dielinke.jueterbog@t-online.de

14974 Ludwigsfelde, A.-Tanneur - Str. 17 Tel.: 0 33 78/51 06 53 o. 51 06 54

E-Mail: ludwigsfelde@dielinke-brandenburg.de

Spendenkonto: 363 302 7415 BLZ: 160 500 00 bei der MBS Potsdam

Redaktionsschluss: 19. März 2008, der nächsten Ausgabe: 09. April 2008

Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen. Leserbriefe und Zuschriften sind ausdrücklich erwünscht.